

Für den Frieden im Nahen Osten arbeiten heißt, sich für die Beendigung der USA-Intervention in Vietnam einzusetzen.

Wir bitten die Kirchen, diese Zusammenhänge nicht zu übersehen. Wer zu Vietnam und Griechenland schwieg und schweigt, hat kein Recht, zu den Fragen des Nahen Ostens zu reden.

Alle Christen sollten ihre Verpflichtungen erkennen, den Flüchtlingen in den arabischen Ländern beizustehen.

Wortlaut in: Junge Kirche 28 (1967) 453f.

E.I.9

MITGLIEDER DER CHRISTLICHEN FRIEDENSKONFERENZ

Gegenerklärung vom 9. August 1967

Der Arbeitsausschuß der Christlichen Friedenskonferenz hatte in seiner Erklärung in Zagorsk den Nahostkonflikt erstmals in den Zusammenhang weltweiter Befreiungsbewegungen gestellt (→ E.I.8). Die Einordnung der israelischen Position in den internationalen Imperialismus rief sogleich den Protest einzelner Mitglieder der Christlichen Friedenskonferenz hervor.

Der Arbeitsausschuß der CFK hat am 4. Juli 1967 in Zagorsk eine Erklärung zur Nahost-Krise verabschiedet. Wir sehen uns nicht mehr in der Lage, die Erklärung auf unsere Verantwortung zu nehmen; vielmehr sehen wir uns genötigt, ihr zu widersprechen. Sie beruht nach unserer Sicht auf unzureichender und falscher politischer Information, wird den politischen Fakten nicht gerecht und ist theologisch unzureichend. Diese Erklärung enthält nach unserer Sicht für keinen der Beteiligten eine Hilfe, sondern verhärtet die Fronten.

Vor allem in folgenden Punkten weicht unsere Ansicht von der Erklärung des Arbeitsausschusses ab:

1. Es genügt nicht, zu sagen, daß der Staat Israel ein moderner, säkularer Staat wie jeder andere ist. Die Christenheit muß bezeugen, daß Gottes Treue auch heute über dem Volke Israel in Kraft geblieben ist. Auch das israelitische Volk im säkularen *Staat Israel* steht unter dieser Verheißung und kann darum mit anderen Völkern nicht ohne weiteres auf eine Stufe gestellt werden. Christliche Erkenntnis, die nicht von *Gottes Bund mit Israel* ausgeht, wird den Aussagen der Bibel und den politischen Realitäten nicht gerecht und droht dem Antisemitismus zu verfallen. Diese im Kirchenkampf notvoll gewonnene theologische Erkenntnis können wir Christen in Deutschland nicht mehr preisgeben.

2. Es muß daran erinnert werden, daß der Staat Israel seine Existenz einem Beschluß der UNO verdankt, der seinerzeit die USA und die UdSSR gemeinsam zugestimmt haben. An diesem Beschluß muß unter allen Umständen festgehalten werden. Bis heute haben die arabischen Staaten diesen Beschluß nicht akzeptiert,

sondern die Existenz des Staates Israel zu negieren versucht. Zur Beurteilung der jetzigen Situation im Nahen Osten kann nicht vergessen werden, daß Ägypten die Ausweisung der UNO-Truppen verlangt und den Golf von Akaba gesperrt hatte, bevor die Feindseligkeiten in offene Kriegshandlungen übergingen. Der Suezkanal ist nach wie vor für israelische Schiffe gesperrt. Erst diese einseitigen Akte haben die erneute Krise im Nahen Osten heraufgeführt. Die UNO und die Großmächte müssen auf die Staaten des Nahen Ostens nachdrücklich einwirken, daß sie ihre Existenz gegenseitig anerkennen und respektieren.

3. Das erklärte Ziel der arabischen Staaten war der Völkermord an Israel. Dies haben nicht nur Außenseiter, sondern verantwortliche Sprecher der arabischen Politik wiederholt gesagt. Durch diese verbrecherischen Reden ist die Unruhe im Nahen Osten ständig geschürt und die Angst in Israel gefördert worden. Durch diese Erklärungen, die nur zu sehr an die Reden und an die Praxis der Nationalsozialisten in Deutschland bei der Ausrottung der Juden erinnerten, haben die arabischen Führer von vorneherein ihre politischen Forderungen diskreditiert. Es darf nicht vergessen werden, daß der Staat Israel beim Ausbruch der Feindseligkeiten vor der Frage des nackten Überlebens, von Sein und Nichtsein stand. Nun, nach dem militärischen Sieg Israels, werden die Freunde Israels, die diese seine Notwendigkeit zur Verteidigung anerkennen, darauf dringen müssen, daß das Ziel des Friedens nach dem Waffenstillstand nicht durch eine nationalistische Strömung in Israel gefährdet wird und Israel *seinen bisherigen Bemühungen um friedliches Zusammenleben* treu bleibt. Die Großmächte müssen auf die Staaten des Nahen Ostens nachdrücklich einwirken, daß sie es lernen, miteinander zu leben und die großen Nöte des Flüchtlingselends gemeinsam zu lösen.

4. Der Frieden im Nahen Osten scheint nach dem Waffenstillstand schwerer erreichbar zu sein als vorher. Zur Voraussetzung eines dauerhaften Friedens ist es unabdingbar, daß die arabischen Staaten endlich die Existenz Israels anerkennen. Dies muß man auch dann fordern, wenn man die Errichtung des Staates Israel 1948 als ein Unrecht an den arabischen Staaten ansieht. So wie vom deutschen Volk erwartet werden muß, daß es die Existenz der *Oder-Neiße-Linie* anerkennt, so muß auch von den arabischen Staaten die Anerkennung der *Grenzen Israels* gefordert werden. Von Israel muß bei *der neuen Festlegung* der Grenzen Mäßigung verlangt werden. Auch muß es seinen Beitrag zur Lösung des Problems der arabischen Flüchtlinge leisten. Die Hauptaufgabe fällt hier freilich nach wie vor der „islamischen Welt“, dem „arabischen Volk“ zu und ist durch eine radikale Änderung der feudalistischen Sozialstruktur und durch wirtschaftlichen Aufbau sicher zu lösen.

5. Wer zum Krieg in Vietnam und zur Militärdiktatur in Griechenland nicht schweigt, der darf auch zur Bedrohung Israels – die auch nach dem Waffenstillstand geblieben ist – nicht schweigen. Der Krieg in Vietnam, den wir verurteilen, darf nicht dazu verführen, *andere Aggressoren* mit anderen Maßstäben zu beurteilen.

6. Wir Deutsche, die wir in schrecklicher Weise an Israel schuldig geworden sind, haben eine Mitverantwortung für den Staat Israel als die letzte Heimat vieler Menschen, die aus unserem Land stammen und dem von uns Deutschen ins Werk gesetzten Völkermord an den europäischen Juden entronnen sind.

Wir haben die Aufgabe, das uns Menschenmögliche zu tun, das Elend der arabischen Flüchtlinge zu lindern und ihnen zu einer neuen Existenz zu verhelfen. Wir haben die Aufgabe, jedes Bemühen um Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten zu unterstützen.

Wir haben aber auch die Aufgabe, jedem neuen Antisemitismus im politischen und theologischen Denken zu wehren.

gez. Professor D. H. Gollwitzer, Berlin; gez. Frau H. Hansch, Durlach; gez. Pastor Lic. Karl Immer, Duisburg; gez. Pfarrer Martin Rohkrämer, Essen; gez. Präses D. E. Wilm, Bielefeld; gez. Professor D. E. Wolf, Göttingen.

Den 9. August 1967.

Wortlaut in: Junge Kirche 28 (1967) 504f.

E.I.10 KOMMISSION GLAUBE UND KIRCHENVERFASSUNG DES ÖKUMENISCHEN RATES DER KIRCHEN

Bericht „Die Kirche und das jüdische Volk“ vom Juli/August 1967

Auf ihrer Sitzung in Bristol vom 29. Juli bis 9. August 1967 nahm die Kommission Glaube und Kirchenverfassung des Ökumenischen Rates der Kirchen einen Bericht über „Die Kirche und das jüdische Volk“ entgegen, der vom Ausschuß für die Kirche und das jüdische Volk innerhalb der Abteilung für Weltmission und Evangelisation des Ökumenischen Rates der Kirchen erarbeitet worden war. Die Kommission empfahl den Bericht dem weiteren theologischen Studium durch die Kirchen.

Bedeutsam ist diese Äußerung der Kommission zum einen, weil hier neben den Mitgliedern westlicher Kirchen auch Vertreter aus orthodoxen und arabischen Kirchen zu Wort kommen, zum anderen, weil der Bericht die bestehenden Gegensätze offen ausspricht. Dies gilt besonders für die Fragen nach dem Fortbestand der Erwählung Israels (Teil III) und nach der Mission unter den Juden (Teil IV).

I. Einführung

In vielen Kirchen wächst heutzutage die Erkenntnis, daß eine Begegnung mit dem Judentum erforderlich ist. Der Ökumenische Rat der Kirchen hat in der Vergangenheit bei verschiedenen Gelegenheiten jegliche Form von Antisemitismus verurteilt. Es ist jedoch nötig, die theologischen Folgerungen und die umfassenden Fragen, die sich aus dem Verhältnis der Kirche und des Judentums ergeben, ausführlicher und systematischer zu durchdenken. Dies wurde dringend gefordert im Bericht der Sektion I über „Die Kirche in Gottes Plan“ auf der Vierten Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung in Montreal im Jahre 1963. Wir hoffen, das hier Folgende möge ein Beitrag zu einer solchen Arbeit sein. Wir